

Antrag vom 16.03.2021	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff Jetzt die Rechtsgrundlage für einen Mobilitätspass schaffen

Wir wollen auch in Zukunft gerne in unserer Stadt leben. In einer Stadt mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität, mit einem erträglichen und angenehmen Stadtklima. Eine der wesentlichsten Klimaanpassungs-Maßnahmen dafür ist die Verkehrswende: Bis zum Jahr 2030 wollen wir die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Verkehr mindestens verdoppeln – und Lärm, Hitze, Stau in der Stadt reduzieren.

Dafür müssen attraktive Angebote durch SSB und VVS geschaffen, Strecken neu geplant und Relationen verbessert werden. Hierfür braucht der seit Jahren unterfinanzierte ÖPNV eine stabile, dauerhafte und nachhaltige Finanzierung.

Deswegen tritt unsere Fraktion seit Jahren für einen Mobilitätspass ein, der einen Anreiz zur Nutzung des ÖPNV schafft und die Finanzierung für einen attraktiven und leistungsstarken öffentlichen Verkehr sicherstellt. In unserem Antrag zur dritten Fortschreibung des Nahverkehrsplans (289/2018 vom 24.09.2018) beispielsweise haben wir beantragt, die Landesregierung aufzufordern, die Kommunen zu ermächtigen, eine Nahverkehrsabgabe, wie z.B. einen Mobilitätspass, einzuführen. Dafür hat sich eine Mehrheit im Gemeinderat ausgesprochen, dieser Beschluss wurde mehrfach bekräftigt.

Einer der beiden Koalitionspartner der derzeitigen Landesregierung hat sich bekanntlich diesem Ansinnen versperrt. Immerhin wurde aber durch das Verkehrsministerium des Landes Baden-Württemberg ein Gutachten erstellt, das neue Wege zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs aufzeigt. Eine der an der Erstellung des Gutachtens beteiligten Modellkommunen war die Landeshauptstadt.

Das Gutachten wurde am 20.11.2020 der Öffentlichkeit vorgestellt und zeigt, dass ein Mobilitätspass ein sinnvoller Ansatz ist, mit dem große Verbesserungen erreicht werden können.

Wir sind überzeugt, dass die künftige Landesregierung nicht umhin kann, auf den Erkenntnissen aus dem Gutachten eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf der die Kommunen selbst über das für sie passende Finanzierungsinstrument entscheiden können.

Im Vorgriff auf den von Ministerpräsident Kretschmann angeregten und von OB Dr. Nopper vor zwei Wochen begrüßten Kabinettsausschuss wäre auch dies ein Thema, das zwischen Stadt und Land schnell erörtert werden sollte.

Wir beantragen:

OB Dr. Nopper teilt möglichst umgehend, auf jeden Fall während der Sondierungsgespräche, Ministerpräsident Kretschmann das große Interesse der Stadt an einer Rechtsgrundlage mit, welche die Stadt in die Lage versetzt, einen Mobilitätspass einzuführen.



Andreas Winter



Björn Peterhoff